

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortlicher
Lehrer
Herrn R. 20.
Hofplatz Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Bauamts Riesa behördlichseits bestimmte Blatt.

Postfach:
Dresden 1380.
Stroß:
Riesa Nr. 22.

N. 3.

Mittwoch, 4. Januar 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 7 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintrittens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Einzelpreis für die Nummer des Ausgabebandes sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen: eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundform (Belle 6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklametabelle 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50, Aufsätze, feste Tarife, Bemessung Rabatt erlischt, wenn der Vertrag erfüllt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Abgabe: Abgabebeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsrecht und Verlag: Langert & Winterlich, Riesa. Geschäftsverf. Westphal & Co. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Nihlmann, Riesa. Für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Washington—Paris.

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, so scheint die Amerikapolitik Briands eine recht unangenehme Schlappe erlitten zu haben. Um die Bedeutung des augenblicklichen Notenwechsels zwischen Washington und Paris zu verstehen, hat man sich folgendes zu vergegenwärtigen: Noch kurz vor dem Ablauf des vergangenen Jahres hatte die französische Regierung in offizieller Form in Washington den Vorschlag gemacht, einen zweiseitigen Antikriegspakt zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten von Amerika abzuschließen. In diesem Vertrag sollten sich die Regierungen von Paris und Washington verpflichten, jeden Krieg zwischen den beiden Völkern für ewig außerhalb des Gesetzes zu stellen. Angesichts der betont pazifistischen Tendenzen gewisser Politiker in Washington glaubte Briand in der Tat mit dieser Anregung in Amerika allergrößten Beifall auszulösen. Aus gewissen Redewendungen, die Briand in den letzten Tagen machte, ging auch diese Hoffnung mit aller Deutlichkeit hervor. Inzwischen ist diese Anregung Frankreichs, da sie in offizieller Form in Washington vorgebracht wurde, auch von der Regierung der Vereinigten Staaten offiziell beantwortet worden. Diese Antwort erfolgte in Gestalt eines längeren Memorandums, dessen Wortlaut der Öffentlichkeit zwar noch nicht bekannt gegeben wurde, über dessen Inhalt jedoch gut informierte amerik. Zeitungen Auskunft zu geben in der Lage sind. Nach diesen allerdings noch nicht bestätigten aber auch nicht dementierten Meldungen geht hervor, daß Washington entschieden den Abschluß eines zweiseitigen Vertrages mit Frankreich ablehnt, wobei es allerdings grundsätzlich betont, einer allgemeinen Vereinbarung, der sich sämtliche Großmächte Europas anschließen würden, gleichfalls beizustimmen. Dieser letzte Passus des amerikanischen Memorandums ist allerdings nicht als ein offizieller Vorschlag gedacht, eher als eine Anregung, der Rechnung zu tragen Frankreich anheim gestellt wird. Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß diese Washingtoner Antwort in den Kreisen der französischen Regierung eine sehr unfreundliche Stimmung ausgelöst hat. Da die französische Regierung sich bisher entschieden gegen ein allgemeines Abkommen, dem auch andere Staaten und vor allen Dingen Deutschland angehören sollten, wehrte und mit ihrer Anregung in Washington nur einen Sondervertrag mit Amerika ins Auge faßte, so ist kaum daran zu zweifeln, daß die amerikanische Antwort den von Paris angespannten Faden wieder zerreißt. In dem amerikanischen Memorandum sind allerdings noch eine Reihe von anderen Vorschlägen enthalten, die sich mit dem Antikriegspakt selbst nicht beschäftigen, aber dennoch im Augenblick akut sind, da sie sich mit der Erneuerung des am 27. Februar 1928 ablaufenden Schiedsgerichtsvertrages mit Frankreich befaßt. In dieser Frage macht die Regierung in Washington, wie aus amerikanischen Zeitungen hervorgeht, einige Vorbehalte. So soll sich Washington unter anderem weigern, die Frage der amerikanischen, während des Bürgerkrieges aufgenommenen Auslandsschulden zum Gegenstand der Schiedsgerichtsbarkeit zu machen. Auch dieser Passus des amerikanischen Memorandums wird daher in Frankreich wenig Begeisterung auszulösen wissen. Zusammenfassend kann man sagen, daß die Meinung der Washingtoner Regierung dahin geht, bei aller moralischen Unterstützung der Antikriegspropaganda in Europa doch jeden Vertrag abzulehnen, der Frankreich als besonderem Freund eine Vorzugsstellung einräumen könnte. Auf die weitere Entwicklung des französisch-amerikanischen Meinungsstreites darf man gespannt sein.

Gegen ein kleineres Reichsbrennmal.

Berlin. (Tel.) Der Deutsche Zweig der Internationalen Frauenvereinigung für Frieden und Freiheit übermittelte den amtlichen Reichsstellen und einer Reihe ehemaliger Kriegsteilnehmerorganisationen ein Schreiben mit dem Ersuchen, von der Errichtung eines kleineren Reichsbrennmal oder Totenbaines in dieser Zeit schwerer wirtschaftlicher Not und Arbeitslosigkeit der Kriegshinterbliebenen und Kriegsschädigten abzulehnen und im Gedanken an die Millionen Kriegswitwen dafür einzutreten, daß Kinder- und Waisenheime gesichert werden, um den Kindern und Waisen der Gefallenen Wohlfahrt zu schaffen.

Die französisch-amerikanischen Paktverhandlungen.

Meinungsstreit zwischen Washington und Paris.

Washington, 3. Januar. Es hat den Anschein, als ob Frankreich, nachdem die Vereinigten Staaten den kleinen Finger ausgestreckt haben, nun die ganze Hand haben will. Der Briefwechsel zwischen der Washingtoner und der Pariser Regierung über den Abschluß eines neuen Schiedsgerichtsvertrages ist so drastisch, daß man hier mehr und mehr geneigt ist, diesen ganzen diplomatischen Gedanken- und Wortwechsel mit mehr als der üblichen Vorsicht zu beurteilen. Am Quai d'Orsay wünscht man einen Vertrag, der, wie Briand es am Neujahrstage formuliert, „den Krieg ungeschicklich machen“ würde. In Washington hingegen hält man eine bestimmte Veränderung nicht nur für unerwünscht, da sie eine einseitige Bindung darstellen würde, sondern, was viel wichtiger ist, für praktisch unmöglich. Das Staatsdepartement hat lediglich den Wunsch, daß in dem neuen Vertrage die Freiwilligkeit zum Ausdruck komme, sowohl angedeutet und mit allen durch die traditionelle amerikanische Politik gebotenen Vorbehalten, Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Regierungen schiedsrichterlich anzuhängen und damit Krieg als ultima ratio auszuschalten, aber Frankreich wünscht offenbar weit mehr als dies. Der Pariser Vertreter der „New York Times“ verweist bemerkenswerterweise auf die Möglichkeit eines „Angriffs Deutschlands gegen Polen oder die Tschechoslowakei“. Es sei notwendig, daß Amerika eine „moralische Barriere gegen einen Angriff seitens irgendeiner Nation errichte, mit der es Schiedsverträge abschließen“ will. Dem steht jedoch die ausdrückliche Erklärung des Präsidenten Coolidge gegenüber, daß Amerika niemals willens wäre, zu entscheiden, wer „Angriff“ sei. „Wie“, fragt der genannte Pariser Korrespondent, „würde Amerika sich verhalten, falls eine Blockade gegen eine Angreifernation verhängt würde?“, und er fügt mit sehr durchsichtiger Argumentation hinzu, Deutschland würde wohl gern einen Vertrag unterzeichnen, der ihm eine Sicherung gegen eine amerikanische Intervention in einem neuen europäischen Kriege bedeuten würde! Gerade hintergedenken dieser Art sind es, die man in Washington von vornherein ausschließen möchte. Die „Washington Post“ schreibt offiziell, Frankreich wüßte offenbar einen Vertrag, der, wenn er auch kein formelles Bündnis wäre, so doch den Anschein erwecken müßte, daß Frankreich sich der besonderen Freundschaft Amerikas erfreue, wobei die Forderung sein würde, daß ein so guter Freund es wohl nicht überlassen dürfe, in Dingen der Kriegsschulden rückwärts zu gehen. Das Blatt weist eine solche Eventualität zurück und schreibt: „Amerika würde jeden Vertrag ablehnen, der Frankreich als besonderem Freund eine Vorzugsstellung einräumen würde. Die Vereinigten Staaten wünschen Freund aller Nationen zu sein. Sie können nicht die

Freundschaft aller bewahren, falls sie eine übertriebene Bevorzugung für eine unter ihnen befänden.“ Die amerikanische Regierung sei gewillt, mit allen Nationen aufkommen Hindernisse gegen den Krieg zu errichten, werde aber nicht mit einer einzelnen vereinbaren, daß es niemals und unter keinen Umständen einen Krieg erklären werde. Falls Frankreich, so bemerkt die „Baltimore Sun“, dagegen Stellung nehme, daß Amerika ähnliche Schiedsgerichtsverträge mit anderen Nationen abschließen, so müsse der bedeutende Eindruck entstehen, daß Paris nicht so sehr auf die Sicherung des Friedens aus sei, als auf die Sicherung der amerikanischen Neutralität gegenüber Frankreich im Falle eines Krieges.

Die formelle Einladung an Frankreich

Nach den Vereinigten Staaten bei dem allen großen Mächten der Welt zu unterbreiteten Vorschlag eines umfassenden Vertrags anzuschließen, wurde heute vom Staatsdepartement veröffentlicht. Dieser Vertrag soll die Erklärung enthalten, daß die Mächte auf den Krieg als ein Werkzeug der nationalen Politik verzichten.

Paris, 4. Januar. Der diplomatische Redakteur der Agentur Havas glaubt über den Stand der französisch-amerikanischen Friedenspaktverhandlungen folgendes berichten zu können:

Minister Briand erklärt sich in der gestern an den französischen Botschafter in Washington übermittelten Antwort auf die jüngsten Anregungen der amerikanischen Regierung in der Frage der Erneuerung des Schiedsgerichtsvertrages zwischen beiden Ländern mit der von Kellogg gegebenen Grundlage einverstanden, wünscht aber eine Präzision hinsichtlich einiger Punkte, besonders für den Fall einer Ablehnung der Ratifizierung durch den amerikanischen Senat, sowie hinsichtlich der Bedeutung des Vorbehalts durch die Anwendung des Schiedsgerichtsvertrages in dritte Mächte angehenden Angelegenheiten ausgeschlossen werde. Was die angelegte Erklärung der Haltung des Krieges anlangt, so ist der französische Minister des Auswärtigen über die Annahme dieses Vorschlags durch den amerikanischen Kollegen erfreut. Aber wenn, wie Kellogg es in seinem Schreiben andeutet, das geplante Abkommen nicht nur Frankreich und die Vereinigten Staaten allein binden soll, so wünscht Briand eine eingehende Prüfung der Frage, damit den Rechten und Pflichten kein Abbruch getan werde, die sich für die interessierten Nationen aus dem Völkerbundsstatut und den bestehenden Abkommen ergeben.

Barter Gilbert zur Reparationsfrage.

Washington, 3. Januar. Barter Gilbert, der am Sonnabend mittags in Washington eintraf, suchte gestern früh den Staatssekretär Kellogg auf und wurde mittags vom Präsidenten Coolidge zum Vortrag über die Ergebnisse des letzten Jahres seiner Tätigkeit in Berlin empfangen. Im Anschluß an den Vortrag beim Präsidenten erklärte er dem Vertreter des D. L. B., er müsse der delikatsten Natur seiner Stellung wegen sehr vorsichtig sein. Wer jedoch seinen letzten Jahresbericht lese, werde darin eine vollständige Darstellung seiner Stellung zu den finanziellen Problemen Deutschlands finden. Er habe wirklich nichts verzwiegen und beabsichtige nicht, hier im gegenwärtigen Augenblick Verhandlungen über eine etwaige Herabsetzung der Reparationspolitik zu führen. Er liebe Berlin und würde gern noch längere Zeit dort tätig sein, könne aber jetzt über die Dauer seiner dortigen Tätigkeit nichts sagen. Er fahre jetzt nach Newport und werde am Freitag mit der „Aquitania“ die Rückreise antreten, auf der er in Paris Station machen werde.

Deutschland und die Sowjetunion.

Eine Unterredung mit dem Botschafter Krestiniski.

Hamburg. Ein Mitarbeiter des Hamburger Abendblattes hatte eine Unterredung mit dem zur Zeit in Hamburg weilenden Botschafter Krestiniski, in der dieser u. a. ausführte: Die freundschaftlichen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Deutschland befinden sich in einem Stadium erfolgreicher Entwicklung. Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Union der Sozialistischen Republiken vertiefen sich von Tag zu Tag, von Monat zu Monat. Besonders die deutsche Maschinenbau- und elektrotechnische Industrie ist eng mit der Volkswirtschaft der Sowjetunion verbunden. Ich kann ohne Bedenken sagen, daß die deutsche Industrie beim Wiederaufbau der russischen Industrie die wichtigste Rolle spielt, sowohl in Bezug auf Bau und Einrichtung neuer Betriebe als auch hinsichtlich der Organisation einer Reihe von wichtigen Großunternehmen in der Sowjetunion. Die deutsche Technik nimmt aktiven Anteil an solchen grandiosen Bauten, wie

beispielsweise dem hydroelektrischen Zentralen am Dnienez und Smir, oder dem Wolga-Don-Kanal und mehreren anderen. Ferner nimmt die Sowjetunion zur Zeit den ersten Platz als Abnehmer deutscher elektrotechnischer Artikel ein. Auch die kulturellen Beziehungen zwischen den Völkern Deutschlands und der Sowjetunion haben sich in den letzten Jahren ständig vertieft, wie der Besuch umfangreicher Delegationen von Sowjetgelehrten bei der letzten Naturforscherversammlung in Berlin und die Teilnahme einer Reihe bekannter deutscher Intellektueller an der Jubiläumsgesellschaft der Sowjetunion in Moskau beweisen. Hierzu ordnet auch die wissenschaftliche Arbeit des deutschen Professors Ostas Saat am Institut für Gehirnlehre in Moskau. Zum Schluß verabschiedete der Botschafter, er sei hierher gekommen, um am Wiederaufbau und an der Wiederherstellung der beiden Länder mitzuwirken. Die Sowjetunion lasse sich auf keinerlei Provokationen ein, wolle keinen Krieg, sondern sei allen Konflikten gewillt, allen Völkern gegenüber eine Friedenspolitik zu betreiben.

Eine politische Rede Dr. Hüpter-Wichoffs in Bochum.

Bochum. (Tel.) In einer von 1200 Personen besuchten von der Demokratischen Partei einberufenen Versammlung sprach gestern abend der preussische Finanzminister Dr. Hüpter-Wichoff über Einheitsstaat, Verwaltung und Steuerreform. Der Redner ging aus von den Schwierigkeiten die durch das Nebeneinander der Regierungen in Berlin entstehen. Er lehne es ab, den preussischen Provinzen die verfassungswidrliche Stellung der Länder zu geben, trat aber für eine solche Neugliederung ein, daß ganz Norddeutschland ein Reichsland bilde, mit einer selbständigen provinzialen Gliederung. Dieses Norddeutschland soll der Lieferant zum deutschen Einheitsstaat sein. Außerdem würden dann zum Reich noch drei süddeutsche Länder gehören. Der Redner wandte sich dann außenpolitischen Fragen zu und betonte, daß die Erlangung der Räumung des besetzten Gebietes die wichtigste Aufgabe sei. Von dem Ausgang der künftigen Wahlen in Frankreich und Deutschland hänge es ab, wann diese erfolge. Der Redner beschäftigte sich sodann mit dem Reichsbudgetgesetz und erklärte, daß die Demokraten nur für ein solches Gesetz eintreten könnten, das auf dem Boden der Weimarer Verfassung stehe. Zur Frage der Neugliederung im Ruhrgebiet erklärte der Minister, daß auch er eine großzügige Lösung einer ständigen Regelung vorziehe. So sei zu erwarten, daß die jetzige Regierungsoverlage nach dieser Richtung hin abgeändert werde.